

William Webster

Heinrich Böll: *Du fährst zu oft nach Heidelberg*

Heute, mehr als zwanzig Jahre nach der Erstveröffentlichung dieser Erzählung, mögen sie manche Leser fast unerklärlich finden. Nicht etwa, weil sie kompliziert, sprachlich schwierig oder abstrakt wäre, sondern umgekehrt: Gerade in der Konkretkeit des Textes liegt paradoxerweise seine Sperrigkeit. Denn Bölls Erzählung stellt eine spezifische politisch-soziale Situation dar, ohne sie aber je direkt beim Namen zu nennen. Was hier nicht gesagt wird, ist mindestens ebenso wichtig wie das, was direkt zum Ausdruck kommt. In dieser Erzählung, die die Auswüchse einer politischen Verfolgungsjagd behandelt, kommen die Worte ‚Terror‘, ‚Baader-Meinhof‘, ‚RAF‘, ‚Berufsverbot‘ und ‚Radikalenerlaß‘ kein einziges Mal vor. Sogar das Wort ‚Lehrer‘ fehlt, obgleich gerade der bevorstehende Antritt in das Lehramt das lang ersehnte Ziel der Hauptfigur darstellt. Vor allem für jüngere Leser, die die Hintergrundereignisse nicht miterlebt haben, muß der faktische Rahmen dieser Erzählung vielleicht zunächst erklärt werden, ehe sie interpretiert werden kann.

Der Text spielt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, aber die Wurzeln der darin beschriebenen Situation reichen etwas weiter zurück. Eine im Frühjahr 1966 einsetzende, im Rückblick als ziemlich geringfügig zu bezeichnende wirtschaftliche Rezession hatte eine weitgehende Angst vor einer Wiederholung der Ereignisse der zwanziger und dreißiger Jahre hervorgerufen; in Regierungskreisen hielt man eine Verfassungsänderung für notwendig, die es den Behörden leichter machen sollte, auf eventuelle öffentliche Unruhen zu reagieren. Nach dem Austritt der FDP aus der Regierungskoalition im Oktober 1966 wurde die damalige ‚Kleine Koalition‘ (CDU/CSU/FDP), die nicht über die dazu erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag verfügte, durch eine ‚Große Koalition‘ (CDU/CSU/SPD) unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU) abgelöst. Die neue Regierung machte Gebrauch von ihrer überwältigenden Mehrheit im Parlament (447 Mandate gegenüber 49 für die allein aus der FDP bestehende Opposition), um die dann am 30. Mai 1968 in Kraft getretenen Notstandsgesetze zu verabschieden, die mehrere im Grundgesetz verankerte Bürgerrechte bedeutend einschränkten.

Aber statt zur politischen Stabilität beizutragen, hat die Bildung der Großen Koalition eher Zweifel, Protest und Uneinigkeit ausgelöst. Und in einer Situation, in der eine wirksame Opposition im Bundestag rein zahlenmäßig nicht mehr möglich war, verbreitete sich die Ansicht, der demokratische Prozeß sei ausgehebelt worden und die Opposition müsse sich anderswo und anderswie organisieren. So wurde die ‚außerparlamentarische Opposition‘ (APO) gegründet, ein loser Zusammenschluß von Individuen und Organisationen, die durch Aufrufe, Versammlungen, Demonstrationen

und Publikationen eine demokratische Debatte aufrechtzuerhalten versuchten. Gleichzeitig machte sich in den Universitäten eine weit- und tiefreichende Unzufriedenheit bemerkbar, die (im Anschluß an die Ereignisse vom Mai 1968 in Frankreich) zu Massendemonstrationen, Besetzungen von Lehrsälen und Verwaltungsgebäuden und gewaltigen Auseinandersetzungen mit der Polizei führte.¹ Das Jahr 1968 markiert ebenfalls den Beginn einer terroristischen Kampagne extrem links orientierter Gruppen, die durch Bombenanschläge und politischen Mord eine repressive Reaktion seitens der Regierung provozieren wollten, die dann ihrerseits zur Entfremdung der Bevölkerung und dem Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung führen sollte. In dieser Situation würde die Umbildung der Gesellschaft auf sozialistischer Basis stattfinden. Etwa zehn Jahre lang versuchten ‚Baader-Meinhof-Gruppe‘ und ‚Rote-Armee-Fraktion‘ die bestehende Ordnung in der Bundesrepublik durch Gewalt zu destabilisieren. Erst mit dem Tode von Willy-Peter Stoll im September 1978 nahm das Ausmaß dieser blutigen Phase politischer Aktion ab.²

In gewissem Maße hat sich die Kalkulation der Terroristen bewährt; zu repressiven Gegenmaßnahmen ist es mit dem am 28. Januar 1972 in Kraft getretenen ‚Radikalenerlaß‘ recht früh gekommen. Der gleichzeitig auf Bundes- und Landesebene verfügte Erlaß sollte den Staat vor subversiven Bestrebungen schützen, indem er vermeintliche ‚Verfassungsfeinde‘ aus dem öffentlichen Dienst ausschloß. Nur wer eindeutig beweisen konnte, daß er die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung‘ aktiv unterstützte, durfte für den Staat arbeiten. Eine neutrale, innerlich distanzierte Haltung genügte nicht, und es lag an dem jeweiligen Beamten bzw. Bewerber, seine ‚Zuverlässigkeit‘ zu zeigen, nicht an den Behörden zu beweisen, daß er ‚unzuverlässig‘ war; eine Umkehrung der in einem Rechtsstaat üblichen Beweislast. Bis 1978, als der Erlaß auf Bundesebene aufgehoben wurde,³ wurden die Akten von etwa zwei Millionen Staatsbeamten, bzw. -angestellten (mehr als 15% der Arbeitnehmer in der BRD) und Anwärtern auf Stellen im öffentlichen Dienst überprüft; in schätzungsweise 4000 Fällen wurden Beamte entlassen bzw. dem Bewerber der Eintritt in den öffentlichen Dienst verweigert.

In diesem Rahmen spielt nun Bölls Erzählung. Durch eine ausgedehnte erlebte Rede wird alles mit den Augen der (bezeichnenderweise nie mit Namen benannten) Zentralfigur gesehen, eines ehemaligen Elektrikers, der auf dem zweiten Bildungsweg die Reifeprüfung und ein Universitätsstudium (Deutsch und Spanisch) abgeschlossen hat. Die Handlung setzt am Sonntag nach der letzten Prüfung ein und spielt bis zum

¹ Weitere Informationen in *Vom Nullpunkt zur Wende*, S. 89.

² Weitere Informationen ebd., S. 89.

³ In den von den CDU regierten Ländern (damals 6 von 11 in der ‚alten‘ BRD) blieb er weiterhin in Kraft.

Gespräch mit dem für die Vergabe von Stellen im Lehrdienst zuständigen Beamten aus dem Kultusministerium am folgenden Tage.

An der Zentralfigur ist zweierlei offensichtlich. Zunächst sein konservativer, privater, fast völlig unpolitischer Charakter: Den politischen Meldungen in den Nachrichten hört er nur mit halbem Ohre zu (*Vom Nullpunkt zur Wende...*, S. 102); seine Verlobte, die ja ihrerseits keineswegs als Revolutionärin zu bezeichnen wäre, wirft ihm wiederholt vor, „zu korrekt, zu bürgerlich gekleidet zu sein“ (S. 100); er ärgert sich über das Gras zwischen den Fliesen auf der Terrasse bei Carolas Eltern (Zeichen von Unordnung oder Fahrlässigkeit?) wie über „manches Gerede bei Studentendemonstrationen“ (S. 100); und er empfindet es als peinlich – auf die Frage ist er offenbar nicht gefaßt; er hat nie daran gedacht – als er von einem anderen Bewerber gefragt wird, ob er Kommunist sei: „Nein, [...] nein, nimm’s mir nicht übel“ (S. 102). Zum zweiten betont Böll die pädagogischen Fähigkeiten seiner Zentralfigur („die vorzügliche Arbeit an der VHS, am Abendgymnasium“ (S. 102) und sein akademisches Format („sie [hätten] lange überlegt [...], ob sie ihm doch eine Eins geben könnten“ (S. 102)). Sicher eignet er sich auf hervorragende Weise zu einer Laufbahn als Lehrer. Warum wird er also abgewiesen?

Jeder in der Erzählung weiß es: „Du fährst zu oft nach Heidelberg.“

Es handelt sich um seine Freundschaft zu den in Heidelberg lebenden chilenischen Flüchtlingen Diego und Teresa, denen er (als Spanischkundiger) hilft, mit den bürokratischen Problemen des täglichen Lebens fertig zu werden. Eine rein menschliche, humanitäre Tätigkeit, mit keinerlei politischen Assoziationen. Aber (wie Kronsorgeler seufzend feststellt): „Es liegt [...] ein Bericht über diesen Chilenen vor, der nicht sehr günstig ist.“ (S. 103) Mit anderen Worten: Als Flüchtling vor dem 1973 durch einen blutigen Staatsstreich an die Macht gekommenen rechtsradikalen Regime von General Augusto Pinochet wird Diego von den Behörden in der BRD fast automatisch als marxistischer Subversiver betrachtet; und obwohl er als Asylant den Schutz des Asylrechts für sich in Anspruch nehmen kann, wirkt sich dieser politische Verdacht auf seinen deutschen Freund – die Hauptfigur der Erzählung – aus. Da dieser nicht bereit ist, seine Freundschaft zu einem vermeintlichen ‚Radikalen‘⁴ aufzugeben, darf er nicht Lehrer werden. So macht es Böll deutlich, ganz abgesehen von jeder Kritik an der Richtigkeit des Radikalenerlasses in einem Rechtsstaat, daß die Gesetzgebung so mangelhaft formuliert und so hysterisch gehandhabt wurde, daß sie jemanden treffen kann (und trifft), auf den sie nie hätte angewendet werden sollen. Der Staat, bzw. die staatlichen Behörden, zeigt sich unfähig (oder nicht bereit), zwischen politischem Aktivismus und humanitärem Handeln zu unterscheiden.

⁴ Bedenkt man, daß der Terror im chilenischen Zusammenhang ausschließlich von dem (rechtsgerichteten) militärischen Regime, nicht von der politischen Linken ausgeübt wurde, so wird die Figurenkonstellation um so bedeutender – und ironischer.

In den siebziger Jahren mußten die Zusammenhänge, in denen die Erzählung spielt, überhaupt nicht ausdrücklich einbezogen werden; der implizite Leser wußte das alles schon. Deswegen also fehlen Worte und Begriffe wie ‚Radikalenerlaß‘, ‚Baader-Meinhof-Gruppe‘ u.s.w. Dies hat aber auch einen zweiten Anlaß, der einer kurzen Erwähnung bedarf. Denn: Nicht nur der Erzähler schweigt über den politischen Zusammenhang, sondern diese Dimension wird auch im Verkehr unter den fiktiven Figuren nie offen angesprochen; vielmehr wird ständig indirekt und gewissermaßen ‚im Flüsterton‘ auf sie hingewiesen. Die Bedeutung dieser (anfänglich unbedeutend anmutenden) Anspielungen wird dem Leser erst allmählich klar, indem er schrittweise über die Situation der Chilenen aufgeklärt wird. Daß die fiktiven Gestalten aber von Anfang an im Bilde sind, kann nicht bezweifelt werden: Man denke an die Verlegenheit Kronsorgelers, als die Zentralfigur den jedermann vertrauten Code benutzt, um den eigenen ‚Fehler‘ in Worte zu fassen (S. 103). Daß sie sich trotzdem nie direkt über den wahren Sachverhalt äußern, ist sicher als Merkmal der damaligen Atmosphäre anzusehen. Ist es dem einfachen Staatsbürger (insofern er im öffentlichen Dienst arbeiten möchte) gefährlich, als politisch Unzuverlässiger betrachtet zu werden, so kann es ebenfalls böse Folgen haben, wenn man heikle Themen zu offen anfaßt. ‚Wie‘ man sich äußert, kann als Prüfstein politischer (II)loyalität benutzt werden. War doch selbst Böll zum ‚Sympathisanten‘ gestempelt worden, weil er von der Wendung ‚Baader-Meinhof-Gruppe‘ (statt ‚Bande‘) Gebrauch gemacht hatte. Sogar die Art, wie man innerhalb einer Familie miteinander spricht, ist durch diese Atmosphäre von Verdacht und Einschüchterung geprägt.⁵

Schon 1973 hatte Böll derartige Auswirkungen des Radikalenerlasses öffentlich kommentiert.⁶ In dieser subtilen, vom Understatement geprägten Erzählung, die er dem satirischen Künstler Klaus Staeck widmete,⁷ setzt er sich mit ihnen zwar weniger direkt, doch sicher ebenso zielbewußt und treffsicher auseinander.

⁵ Einen weiteren Aspekt dieser Situation – die häufig mißbrauchte Macht der Boulevardpresse und die Hilflosigkeit des privaten Staatsbürgers ihr gegenüber – hatte Böll bereits 1974 in *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* geschildert. Zum Thema Boulevardpresse/Rufmord vgl. auch Alfred Andersch: *JESUSKINGDUTSCHKE*, in: Ders.: *Mein Verschwinden in Providence. Neun neue Erzählungen*, Zürich 1971.

⁶ In einer Ansprache im Westdeutschen Rundfunk am 25/12/1973, abgedruckt in *WE III*, 75f.

⁷ Staeck hatte 1974 unter politischer Einmischung seitens der Bundesregierung zu leiden gehabt. (Vgl. *Kulturexport mit Zensur?:* ARD-Interview vom 9.1.1975, abgedruckt in: *HB. Werke. Interviews I*, S. 313-16). Später hat er die Umschlagszeichnung für die Sammlung *Du fährst zu oft nach Heidelberg und andere Erzählungen* (Bornheim, 1979) entworfen.

Stand: 15.11.2000

William Webster ist Senior Lecturer an der Universität von Edinburgh in Schottland.